

Sonne und Wind haben Zukunft

«In Zeiten des Klimawandels sind für reiche Länder Sparprogramme bei der Vermeidung von CO₂ fehl am Platz.»

Andi Götz, Geschäftsführer der Solargenossenschaft Liechtenstein



Liechtenstein ist seit 2015 Jahr für Jahr Photovoltaik-Weltmeister. Deutschland lag dank seinem massiven Förderprogramm lange Zeit an der Spitze der Sonnenstromproduktion pro Einwohnerin und Einwohner lag, der Zwergstaat hat die Bundesrepublik nun mit Links überholt.

Dies ist kein Grund, sich zurückzulehnen. Derzeit werden rund 5,5 Prozent des inländischen Stromverbrauchs durch liechtensteinischen Sonnenstrom gedeckt. Kurzfristig soll dieser Anteil auf 8 Prozent erhöht werden. Die Regierung ist in einer aktuellen Interpellationsbeantwortung der Meinung, bis 2030 seien 20 Prozent (Szenario «passiv») bis 40 Prozent (Szenario «ambitioniert») möglich, wenn die erforderlichen Subventionen bereitgestellt würden. Nach Ansicht der Freien Liste, die die Interpellation eingereicht hatte, ist dies zu wenig. Sie ist der Meinung, dass bis 2030 jede zweite in Liechtenstein verbrauchte Kilowattstunde aus einheimischer Solarstromproduktion stammen könnte. Die Solargenossenschaft Liechtenstein teilt diese optimistischere Ansicht. Die Zahlen zeigen jedenfalls: Ob «passive» oder

«ambitioniert», es gibt noch viel Luft nach oben. Derzeit ist viel von den Nachhaltigkeitszielen der UNO die Rede. Die Regierung bezeichnet die UNO-Agenda 2030 als «visionären Handlungsrahmen», mit welchem sich alle Staaten der Welt auseinandersetzen müssten. Eines der UNO-Nachhaltigkeitsziele fordert den «Zugang zu bezahlbarer, verläSSLicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle».

Reichen Ländern wie Liechtenstein fällt es etwas leichter als Entwicklungsländern, Mittel für den Umbau der Energiepolitik zu mobilisieren. Aus Sicht der Solargenossenschaft Liechtenstein, die sich seit 1992 für die Produktion und Nutzung erneuerbarer Energiequellen einsetzt, ist klar: Liechtenstein muss ambitioniert auftreten und eine Vorreiterrolle einnehmen. In Zeiten des Klimawandels sind für reiche Länder Sparprogramme bei der Vermeidung von CO₂ fehl am Platz. Die sich immer deutlicher abzeichnende Klimakatastrophe wird zu grossen volkswirtschaftlichen Schäden führen: Häufigere Extremwetter-Ereignisse wie Stürme, Dürren oder Hitzesommer nehmen zu, ganze Regionen werden unbewohnbar, die daraus resultierenden Flüchtlingsbe-

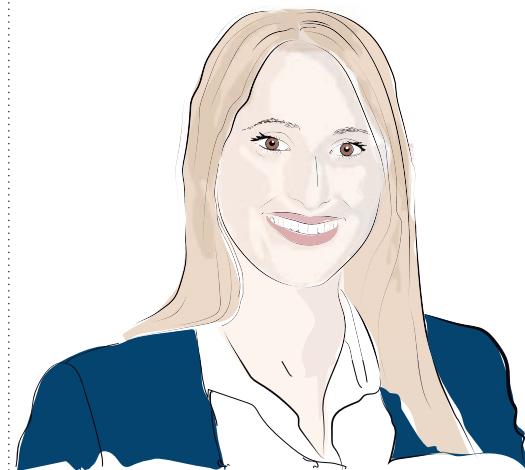
wegungen sind eine Herausforderung für alle Länder. Eine mutige Klimapolitik dient deshalb auch der Schadensminderung.

Angesichts dieser Bedrohungen müssen auch unbeliebte Massnahmen möglich sein. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Regierung findet es unangemessen, bei Neubauten die Installation von Photovoltaik-Anlagen vorzuschreiben. Der Bedarf an Wohnfläche pro Person ist in Liechtenstein im Vergleich zu den meisten anderen Ländern sehr hoch, Tendenz steigend. Auch die heimische Wirtschaft zeigt einen steigenden Bedarf an Gebäuden. Dies führt zu einem hohen Energieverbrauch. Um eine Baubewilligung zu erhalten, müssen Bauwillige heute unzählige Vorschriften einhalten, von Grenzabständen, Maximalhöhen, Ausnützungsziffern oder zeitgemäßem Heizenergiebedarf bis hin zu Sicherheitsmassnahmen, damit Vorbeigehende nicht unter Dachschneelawinen begraben werden. Dies alles ist selbstverständlich. Aber dass geeignete Dachflächen nicht ungenutzt bleiben dürfen, sondern für die Erzeugung des Stroms verwendet werden müssen, der im Gebäude verbraucht wird, erscheint manchen als staatliche Bevormundung. Hier ist ein Umdenken erforderlich.

Gleichzeitig gilt es, Hürden abzubauen. Ein generelles Verbot von Photovoltaik in einer Kernzone beispielsweise ist unzeitgemäß. Im neuen Raumplanungsgesetz der Schweiz braucht es auf Dächern in Bau- und in Landwirtschaftszonen keine Baubewilligung, wenn die Anlage «genügend angepasst» ist. Eine Meldung an die Behörden reicht.

Die Solargenossenschaft Liechtenstein ist motiviert, weiterhin ihren Beitrag an die Aufklärung der Bevölkerung zu leisten und auch in Zukunft mit eigenen Anlagen zu zeigen, dass eine nachhaltige, auf die Landschaft Rücksicht nehmende Produktion von erneuerbarer Energie möglich und sinnvoll ist. Dafür setzt sie auf Photovoltaik. Aber auch Windenergie muss für Liechtenstein eine Option bleiben, da diese in der Nacht und bei schlechtem Wetter die Photovoltaik perfekt ergänzt.

KOMMENTAR



Dorothea Alber, Stv. Chefredaktorin

Kleinsparer, fürchte dich!

Ein Gespenst geht um. Kaum brennt es in Europa, weil die Europäische Zentralbank unter Mario Draghi ihre Geldschwemme verstärkt, flackert in der Schweiz und Liechtenstein die Angst auf. Die Europäische Zentralbank hat den Strafzins für Bankeinlagen bekanntlich verschärft. Magere Zinserträge sollen Sparer zum Konsum verleiten und niedrige Refinanzierungskosten Unternehmen dazu bringen, gross zu investieren. Zudem wird die EZB die umstrittenen Anleihenkäufe wieder aufnehmen – mit dem Ziel, die schwächelnde Konjunktur zu beleben.

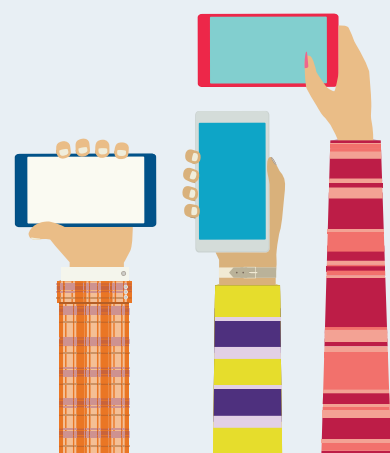
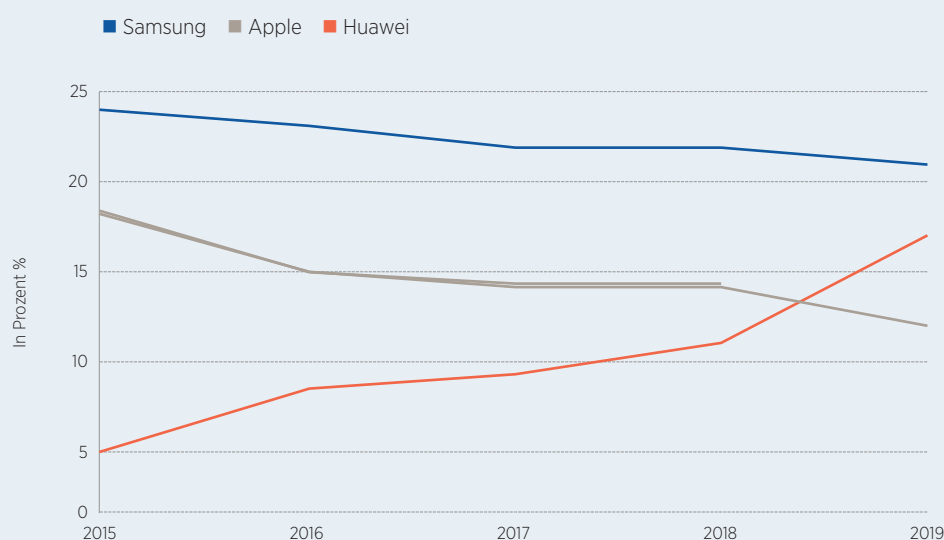
Weil die rekordtiefen negativen Zinsen eine Milliardenbelastung für die Finanzbranche bedeuten, steigt der Druck auf die Banken, diese weiterzugeben. Es werde schon bald dazu kommen – nicht erst in ein oder zwei Jahren – wie ein Spitzenvertreter einer Schweizer Grossbank diese Woche gegenüber Medien kundtat. «Sparer schauen also noch lange in die Röhre und das Sparbuch hat ausgedient», wie ein Ökonom diese Woche nachdoppelte. EZB-Präsident Draghi verwies an der Medienkonferenz immerhin darauf, dass der Fiskalpolitik zukünftig eine stärkere Rolle zukommen müsse.

Das Schreckgespenst der Negativzinsen erschreckt nicht nur kleine Sparer, sondern auch renommierte Ökonomen waren seit Jahren. Sie sind überzeugt, dass die Geldschwemme dazu verwendet werde, die verfehlte Fiskalpolitik der Eurozone zu verschleiern. «Die Geldpolitik zombifiziert die Wirtschaft», sagte der deutsche Ökonom Joachim Starbatty schon vor zwei Jahren auf der Gottfried-von-Haberler-Konferenz in Vaduz. Die Fiskalpolitik Sorge für Marktexzesse und für eine Blasenbildung. Wenn Gespenster und Zombie-Unternehmen in einem Atemzug genannt werden, dann kann es sich nur um einen Horrorfilm handeln, oder?

dalber@medienhaus.li

CHART DER WOCHE

Huawei auf dem Vormarsch Die Chinesen verkaufen mehr Smartphones als Apple



Wirtschaftsregional Infografik: Gioana Hasler, Quelle: Counterpoint

IMPRESSUM:

Herausgeber: Vaduzer Medienhaus AG
Geschäftsführer: Daniel Bargetze
Chefredaktor: Stephan Agnolazza-Hoop (ags)
Redaktion: Dorothea Alber (dal), Reto Philipp Mündle (rpm), Jeremias Büchel (jeb)
Redaktionsassistent: Sandro Widrig
Fotojournalisten: Daniel Schwendener, Tatjana Schnalzer
Marketing/Verkauf: Patrick Flammer (Leiter), German Beck, Tristan Gabathuler, Sereina Kobler (Innendienst)
Abonnentendienst: Susanne Hehli
Druck: Somedia Partner AG, 9469 Haag

Adressen: Vaduzer Medienhaus AG, Lova Center, Postfach 884, 9490 Vaduz, Tel. +423 236 16 16, Fax +423 236 16 17. Redaktion: Tel. +423 236 16 35, E-Mail: redaktion@wirtschaftsregional.li; Inserate: Tel. +423 236 16 63, Fax +423 236 16 69, E-Mail: Inserate@wirtschaftsregional.li; Abonnentendienst: Tel. +423 236 16 61, E-Mail: abo@wirtschaftsregional.li, www.wirtschaftsregional.li